

**DEPARTEMENT  
GESUNDHEIT UND SOZIALES**

Kantonaler Sozialdienst

Fachstelle Alter

1. Mai 2017

**BERICHT**

**Alterspolitik in den Aargauer Gemeinden**

---

**1. Ausgangslage**

Im Kontext der demografischen Alterung gewinnen Fragen um alterspolitische Themen an Wichtigkeit. Dabei steht nicht ausschliesslich die medizinische Versorgung (ambulant und stationär) und deren Finanzierung im Zentrum. Alterspolitik umfasst viele weitere für die Gemeinden relevante Themen wie Information und Kommunikation für die ältere Bevölkerung, Wohnen im Alter, politische Partizipation, Freiwilligenarbeit, Engagement der Seniorinnen und Senioren und der soziale Zusammenhalt zwischen den Generationen. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass eine aktive Alterspolitik den Einwohnerinnen und Einwohnern der Gemeinden erlaubt, möglichst lange zu Hause zu bleiben und ein eigenständiges Leben führen zu können.

Von den 662'224 Einwohnerinnen und Einwohnern des Kantons Aargaus sind 17.09% über 65 Jahre alt. Dies entspricht rund 113'000 Personen (Stand Ende 2016). Zum Vergleich: 2010 zählte der Kanton rund 95'000 Personen über 65<sup>1</sup>. Durch die steigende Lebenserwartung wird die Bevölkerungsgruppe der älteren Menschen noch weiter zunehmen. Gemäss Bevölkerungsprognose 2013 ist zu erwarten, dass 2035 bereits 196'000 über 65-Jährige im Kanton Aargau leben werden. Bei den über 80-Jährigen wird die Zunahme noch stärker ausfallen, nämlich von 23'000 Personen im 2008 auf 61'000 Personen im 2035<sup>2</sup>.

Die folgende Analyse basiert auf einer Online-Kurzumfrage, welche an alle Gemeinden im Kanton Aargau gerichtet wurde. Sie wurde im April 2017 durchgeführt. Anhand von neun Fragen wurden die alterspolitische Situation und die Angebote zu Wohnen im Alter in den Gemeinden eruiert. Der Fokus der Umfrage liegt auf der Alterspolitik, ohne Pflegepolitik. Dies entspricht dem Verantwortungsbereich der Fachstelle Alter des Kantons.

Von den 213 Gemeinden im Kanton haben 167 den Fragebogen vollständig ausgefüllt (Gesamtrückmeldequote von 78%). Bei den kleinen Gemeinden bis 2'000 Einwohner liegt die Rückmeldequote bei 74%. Bei den Gemeinden zwischen 2'001 und 5'000 Einwohnerinnen ist diese bei 78%. Von den Gemeinden mit 5'000 bis 10'000 Einwohnern haben 91% den Fragebogen beantwortet und bei den Gemeinden mit mehr als 10'000 Einwohnerinnen gar 100%. Der durchschnittliche Altersquotient<sup>3</sup> der beantwortenden Gemeinden liegt, wie im Gesamtkanton, bei 26%.

---

<sup>1</sup> Statistik Aargau, Bevölkerungsbestand: Kanton Aargau (per 31. Dezember 2016), Februar 2017.

<sup>2</sup> Statistik Aargau, Bevölkerungsprognose 2013, November 2013.

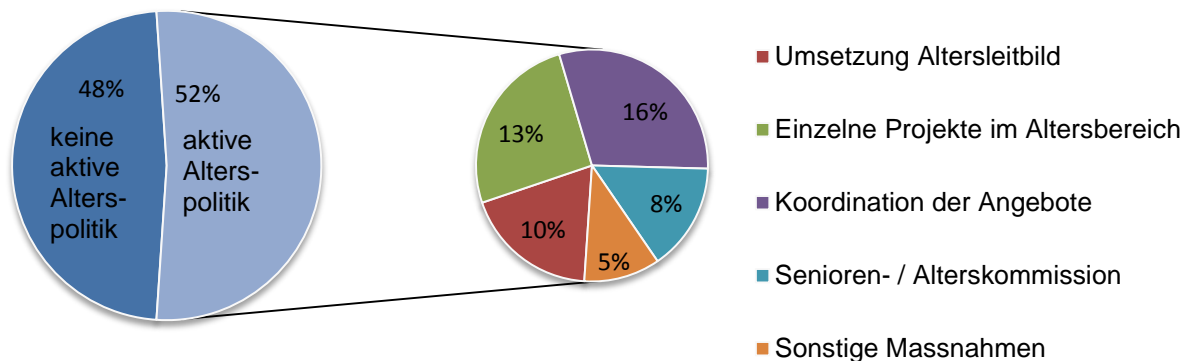
<sup>3</sup> Verhältnis der 65-Jährigen und Älteren zu den 20- bis 64-jährigen Personen, d.h. Verhältnis der Anzahl Menschen in einem Alter, in dem man im Allgemeinen wirtschaftlich nicht mehr aktiv ist, zur Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter.

## 2. Alterspolitik in den Gemeinden

48% der Gemeinden geben an, keine aktive Alterspolitik zu betreiben. Die 87 anderen Gemeinden geben an, Alterspolitik auf verschiedene Weise zu betreiben. Die folgende Grafik zur Umsetzung der Alterspolitik in den Gemeinden zeigt, dass 16% der Gemeinden sich der Koordination der Angebote im Altersbereich angenommen haben. Der Altersbereich zeichnet sich durch eine grosse Vielfalt an Akteuren und Dienstleistern aus. Ein bessere Koordination erlaubt es unter anderem Doppelspurigkeiten zu vermeiden und zu einer besseren Kohärenz des Systems für ihre Einwohnerinnen und Einwohner beizutragen. Die Koordination kann verschiedene Formen wie Runde Tische Alterspolitik, jährliche Treffen der Anbieter, usw. annehmen.

10% der Gemeinden in dieser Umfrage haben ein Altersleitbild oder eine Altersstrategie ausgearbeitet und arbeiten an deren Umsetzung. 13% geben an, verschiedene einzelne Projekte im Altersprojekt zu leiten oder zu begleiten.

### Umsetzung Alterspolitik



Wichtig festzuhalten ist, dass knapp die Hälfte (48%) der aktiven Gemeinden zwei oder mehr Umsetzungsmassnahmen aufweisen. Dabei fällt auf, dass eine Verpflichtung des Gemeinderates, sei dies durch ein Altersleitbild, eine Altersstrategie oder Legislaturziele einen grossen Einfluss auf die Anzahl Massnahmen, diese zählen zu 76% mehr als zwei Massnahmen (zusätzlich zur Strategie). Gemeinden ohne strategische Verpflichtung zeigen zu 40% nur eine Aktivität. Mehr als vier Massnahmen haben nur Gemeinden mit einer Strategie.

Als sonstige Massnahmen erwähnt wurden insbesondere regionale Projekte und Zusammenarbeiten wie Foren zu Altersfragen, Projekte zu Wohnen im Alter, Koordination der Freiwilligenarbeit oder der Nachbarschaftshilfe, Aufbau von Seniorenorganisationen und Informationsbroschüren für Seniorinnen und Senioren.

Von den kleinen Gemeinden (bis 5'000 Einwohnerinnen und Einwohner) betreiben 49% Alterspolitik.. Bei den mittleren Gemeinden (5'001 bis 10'000 Einwohnerinnen und Einwohner) geben 67% und bei den grossen Gemeinden ab 10'000 Einwohnerinnen und Einwohnern 60% an, aktive Alterspolitik zu betreiben. Bezogen auf die Anzahl Massnahmen fällt auf, dass die Grösse einen schwindend kleinen Einfluss hat. Somit zeichnet sich in der Umfrage ab, dass auch viele kleine Gemeinden im Kanton im alterspolitischen Bereich sehr aktiv sind.

Im Kanton Aargau obliegt die Verantwortung für die Alterspolitik den Gemeinden. Der Kanton unterstützt sie mit den Leitsätzen zur Alterspolitik im Kanton Aargau, welche die Richtung vorgeben, und mit der Fachstelle Alter, welche die Gemeinden bei alterspolitischen Fragestellungen unterstützt.

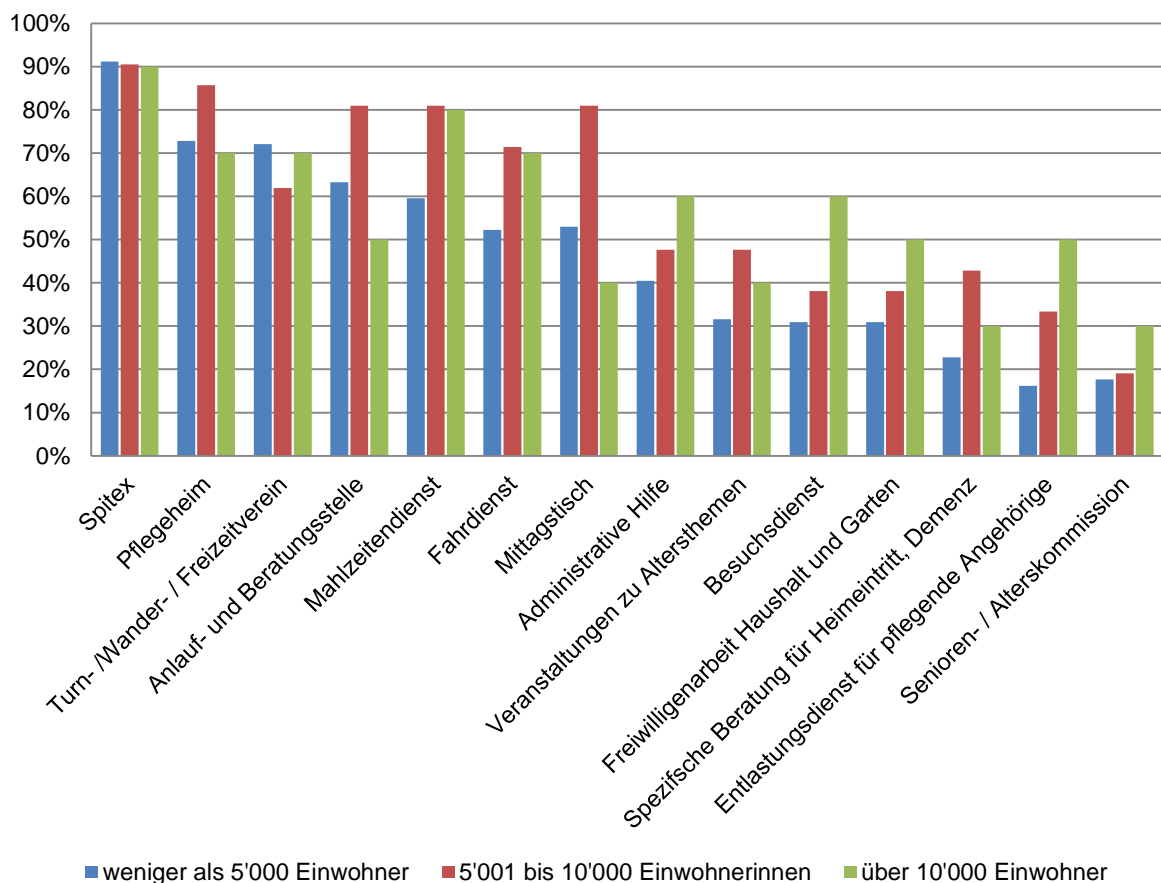
### 3. Dienstleistungen für Menschen über 60

Neben der Alterspolitik der Gemeinden ist es interessant festzuhalten, welche Dienstleistungen für die Seniorinnen und Senioren in den Gemeinden zur Verfügung stehen. In der folgenden Grafik sind die Hauptdienstleistungen im alterspolitischen Bereich aufgeführt.

Festzustellen ist, dass die pflegerische Versorgung durch Spitex und Pflegeheime gewährleistet ist. Die wenigen Gemeinden, welche angeben keine Spitex oder kein Pflegeheim zu haben, sind regional organisiert und die Versorgung ist trotzdem sichergestellt. In der Grafik fällt auf, wie die Grösse der Gemeinden die Art der Bearbeitung des Altersbereiches beeinflusst. Grosse Gemeinden arbeiten eher mit alterspolitischen Gremien wie Alterskommissionen, während mittlere Gemeinden oft Mittagstische organisieren oder organisieren lassen. In kleinen Gemeinden ist die Vereinstätigkeit sehr stark verbreitet. Für alle Gemeindegrössen ist festzuhalten, dass Freiwilligenarbeit und ehrenamtliche Tätigkeiten eine sehr wichtige Rolle im Altersbereich spielt.

Die grossen Gemeinden weisen ein unterdurchschnittliches Angebot an Anlauf- und Beratungsstellen im Altersbereich auf (50%). 108 der 167 Gemeinden (knapp 65%) geben an eine Anlauf- und Beratungsstelle zu haben. Die Beratung von betagten Personen und ihren Angehörigen ist gemäss Pflegegesetz (PflG § 18) Pflicht jeder Gemeinde.

**Dienstleistungen für Seniorinnen und Senioren in den Gemeinden, nach Grösse**



Festzuhalten ist, dass zusätzlich zu den hier aufgeführten Angeboten oft noch private Dienstleister im Altersbereich tätig sind. Es fällt in den Beratungstätigkeiten der Fachstelle Alter auf, dass die grosse Anzahl Angebote und Anbieter im Altersbereich für die Seniorinnen und Senioren und für die Gemeinden eine Herausforderung darstellt, zum einen für die Information der Betagten und der Kommunikation der Angebote, zum anderen im Bereich der Koordination der Angebote und der Kommunikation mit den Dienstleistern.

Zur Kohärenz der Angebotsvielfalt im Altersbereich kann keine Aussage gemacht werden, da dies anhand der Umfrage nicht gemessen wurde.

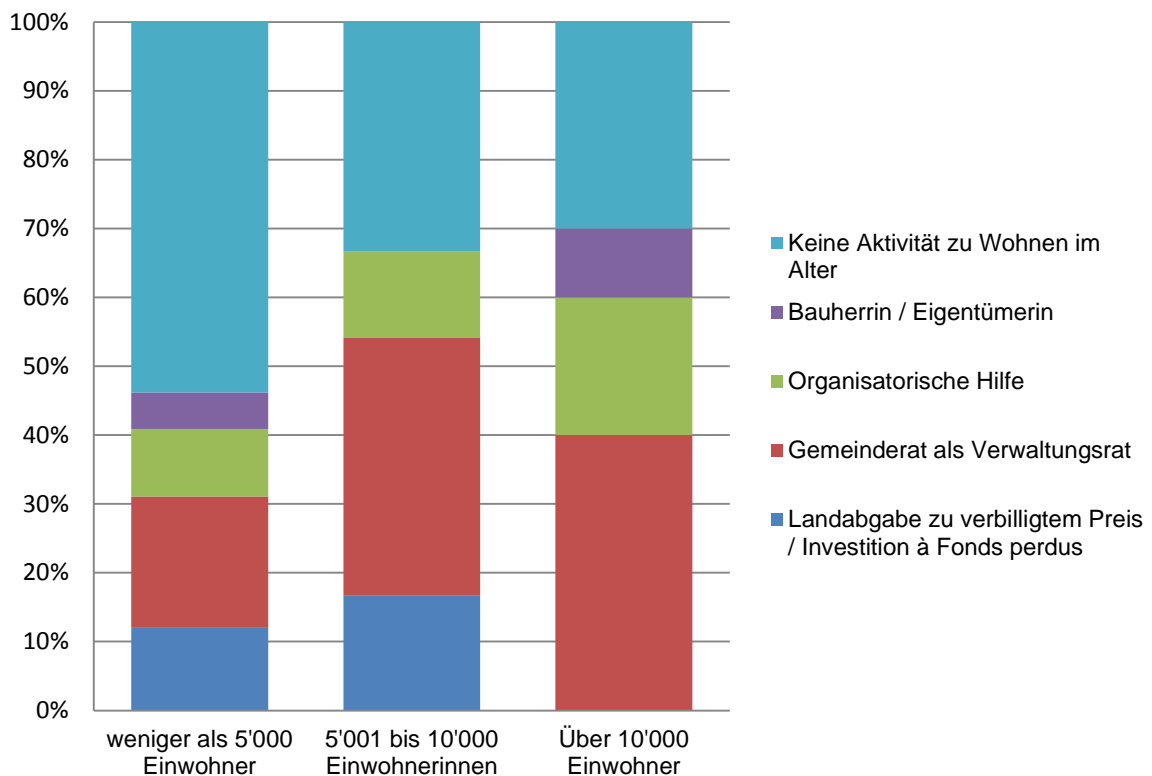
#### 4. Angebote zu Wohnen im Alter

Die Umfrage hatte auch zum Ziel, die Angebote sowie die Rollen der Gemeinden im Bereich Wohnen im Alter zu eruieren. Wohnen im Alter ist ein zentrales Thema der kommunalen Alterspolitik, zum einen weil Wohnen mit steigendem Alter immer einen grösseren Stellenwert einnimmt und zum anderen, weil über gute Angebote von altersgerechten Wohnungen in den Gemeinden Heimeintritte verzögert oder gar verhindert werden können.

Gefragt nach Angeboten im Bereich Wohnen im Alter (Alterswohnungen, Wohnen mit Dienstleistungen, altersgerechte Wohnungen, Altersresidenzen) geben 52% der Gemeinden an, keine Angebote in der Gemeinde zu haben. In 48% der Gemeinden existieren Angebote. Es wurden 123 Träger-schaften von Wohnungen für Seniorinnen und Senioren angegeben, diese zählen oft zwischen acht und fünfzehn Wohnungen. Die genaue Anzahl angebotener Wohnungen wird in Folgearbeiten zu dieser Umfrage erarbeitet und sämtliche Angebote werden ins Angebotsverzeichnis Alter des Kantons eingepflegt.

In diesem Bereich spielt die Grösse der Gemeinde eine massgebende Rolle. Während nur 38% der kleinen Gemeinden bis 5'000 Einwohnerinnen angeben, Angebote zu haben, geben 90% der Gemeinden über 10'000 Einwohnern und 86% der mittleren Gemeinden zwischen 5'000 und 10'000 Einwohnerinnen und Einwohnern an, altersgerechte Wohnangebote anzubieten. Dies bedeutet, dass ältere Menschen mit einem Bedarf nach einer altersgerechten Wohnung oder Wohnen mit Dienstleistungen aus kleineren Gemeinden mit speziellen Bedürfnissen im Wohnungsbereich in Zentrumsge-meinden oder ins Pflegeheim inner- oder ausserhalb des Dorfs ziehen müssen.

**Rolle der Gemeinde zu Wohnen im Alter**



Auffallend ist, dass alle 53 kleinen Gemeinden mit Angeboten zu Wohnen im Alter sich in einer Form engagieren, sei dies über eine verbilligte Landabgabe, mit organisatorischer Unterstützung oder als

Verwaltungsrat. Sieben Gemeinden sind selber Eigentümerinnen der Wohnungen oder waren Bauherrin und haben die Nutzung festgelegt. Somit zeigt sich, dass der Bedarf an altersgerechten Wohnungen auch in kleinen Gemeinden gross ist und die Gemeinden aktiv werden, um diesem Bedarf gerecht zu werden. Auch in mittleren Gemeinden engagieren sich die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, um Angebote in diesem Bereich zu schaffen. In grossen Gemeinden über 10'000 Einwohnerinnen spielt der Markt auch im Bereich der altersgerechten Wohnungen besser, somit existieren auch Angebote mit weniger Engagement der Gemeinden.

Zusätzliche Angaben zeigen auch, dass vermehrt regionale Projekte unterstützt werden. Einzelne Gemeinden beteiligen sich an Wohngenossenschaften oder stehen in der Planungs- und Verhandlungsphase mit Investoren. Auch zu erwähnen ist, dass gewisse Gemeinden die Bau- und Nutzungsordnung angepasst haben um der Problemstellung zu Wohnen im Alter Rechnung zu tragen.

## 5. Aktuelle Themen

Zum Schluss der Umfrage wurden die Themen erfasst, welche für die Gemeinden in ihrer Einschätzung in der näheren Zukunft wichtig sein werden.

<b>Alterspolitische Themen</b>	<b>Anzahl interessierte Gemeinden</b>
Wohnen im Alter	97
Informationen für ältere EinwohnerInnen	55
Ambulant und stationär	54
Generationenverbindende Projekte	43
Medizinische Grundversorgung	41
Altersleitbild / Altersstrategie	38
Prävention und Gesundheitsförderung	25
Teilhabe und soziale Integration	23
Pflegende Angehörige	22
Demenz	21
Koordination Angebote	19
Migration und Alter	17
Seniorenrat / Alterskommission	14

Dabei wird Wohnen im Alter ganz klar als grösste Herausforderung für die Zukunft gesehen. Auch die Information und Beratung der Einwohnerinnen und die Umsetzung von ambulant vor/und stationär sind wichtige Themen für die Gemeinden.

Die Fachstelle Alter des Kantons wird ihre Arbeiten in diesen Bereichen intensivieren und den Gemeinden möglichst konkrete Hilfestellungen zur Verfügung stellen.

Christina Zweifel  
Leiterin Fachstelle Alter